nr. 4 – juni/juli 2015

ecke turmstraße

Seite 3: Fortschritte im Kleinen Tiergarten Seite 4: Neue Stadtteilvertretung gewählt
Seite 6/7: Was steht im Mietenvolksentscheid? Seite 8: Willkommen in der Klick-Demokratie!

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 6. Juli. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir das unbedingt lesenswerte Buch »Der ganz normale Wahnsinn in der Nachtschicht – Berlin-Street-Taxi« des Moabiter Autors Aro Kuhrt, der Erlebnisse aus 15 Jahren seiner Taxifahrer-Tätigkeit schildert. Unsere letzte Rätselecke zeigte das Schild des Eisladens an der Turmstraße 28 am ehemaligen Hertie-Kaufhaus. Rätselgewinnerin ist Sophie Vohl. Herzlichen Glückwunsch! Das Buch wird Ihnen per Post zugesandt.

Kunstwochenende »Ortstermin 2015«

Es ist wieder soweit: vom Freitag, 3. Juli, bis Sonntag, 5. Juli, findet auch in diesem Jahr das Moabiter Kunst- und Kulturwochenende »Ortstermin« statt – wie immer eine Gelegenheit, zahlreiche Künstler kennenzulernen und die Vielfalt der Moabiter Kunsträume zu entdecken, die einem sonst eher verborgen bleiben. Auch im öffentlichen Raum wird Kunst gezeigt: in diesem Jahr zum aktuellen Thema »Gentrifizierung«.
Sehr kurzfristig konnte dank des Bezirksamts – insbesondere des Amts für Weiterbildung und Kultur – sowie mit Unterstützung des »Aktiven Zentrums« und der politischen Unterstützung durch die BVV eine Finanzierung des »Ortstermins« gesichert werden, nachdem sich die Quartiersmanagements Moabit Ost und West aus der finanziellen Förderung zurückgezogen hatten. Der »Ortstermin«, der die kulturelle Vielfalt in Moabit zeigt, wird nun schon seit 11 Jahren vom Kunstverein Tiergarten e.V. organisiert und ist eines der öffentlichen Highlights der Moabiter Kultur. Trotz sehr kurzfristiger Finanzierungszusage konnte der Kunstverein auch diesmal innerhalb kurzer Zeit ein vielfältiges Programm mit Bildender Kunst, Performances, Aktionen auf die Beine stellen – nicht zuletzt dank guter Vernetzung. *us*

Große Eröffnung am Freitag, 3. Juli, 19 Uhr in der Galerie Nord, Turmstraße 75. Sa+So zwischen 14 und 19 Uhr öffnen zahlreiche Ateliers, Räume, temporäre Ausstellungsorte. Außerdem finden die beliebten geführten Rundgänge zu Kulturorten statt. Zum Kunstwochenende erscheint rechtzeitig ein Programmheft.
www.kunstverein-tiergarten.de

Termine

Plenum der Stadtteilvertretung
Nächstes reguläres öffentliches Treffen der neuen Stadtteilvertretung Turmstraße: voraussichtlich Montag, 29. Juni, 19–22 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Balkonsaal. Der Termin kann sich u.U. noch ändern, bitte überprüfen auf der Website der Stadtteilvertretung: www.stv-turmstrasse.de

Stadtteilplenum QM Moabit-West
Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem Quartiersmanagement Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit – Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32b. Mehr unter Telefon 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Runder Tisch Gentrifizierung
Jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, im Café Sahara City, Ottostraße 19. Alle interessierten Mieter sind eingeladen.

Regelmäßige Beratungsangebote im Stadtschloss Moabit
– *Rechtsberatung jeden 2. u. 4. Di, 16–17 Uhr, Anmeldung unter Telefon 390 81 20*
– *Sozialberatung, Mi, 13–15 Uhr*
– *Allgemeine Sozialberatung Mi, 16–18 Uhr*
– *Patientenverfügung Plus: Do, 16–18 Uhr, Anmeldung unter Telefon 0158-14 38 60 13*

Redaktionsschluss
der nächsten Ausgabe »ecke turmstraße«: Freitag, 3. Juli.

Sämtliche Ausgaben der »ecke turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressedruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.
Online-Archiv der Zeitung abrufbar unter:
www.turmstrasse.de

Das Wasser sprudelt wieder

Feierliche Einweihung des historischen Senkgartens und des Wasserspiels im Kleinen Tiergarten

Die Neugestaltung des Kleinen Tiergartens geht voran: Am 9. Mai, anlässlich des bundesweiten »Tags der Städtebauförderung«, konnten der wiederhergestellte Senkgarten und das Wasserspiel im Bereich östlich der Stromstraße öffentlich eingeweiht werden. Baustadtrat Carsten Spallek setzte nach einer Ansprache, in der er ausdrücklich den Entwicklungsprozess des Vorhabens lobte und allen Beteiligten dankte, per Knopfdruck die Fontänen im flachen Wasserbecken in Gang (siehe Foto).
Dieser Bauabschnitt des Kleinen Tiergartens war im Planungsprozess einer der schwierigsten: Hier mussten zusätzlich etliche denkmalpflegerische Belange berücksichtigt werden, denn der Kleine Tiergarten zwischen Heilands- und Johanniskirche ist ein Gartendenkmal. Ende der 50er Jahre hatte Willy Alverdes – Gartenarchitekt und Leiter des Gartenbauamts Tiergarten – nach den Kriegszerstörungen die Neugestaltung des Kleinen Tiergartens und Ottoparks begonnen. So entstand eine luftige Parkanlage mit Wasserspiel, Liegewiese, Rollerbahn, Spielgeräten und dem Senkgarten – die freilich in den letzten 50 Jahren unkontrolliert zuwuchs, verwahrloste und deshalb von vielen Anwohnern möglichst gemieden wurde.
Nun gibt es wieder echte Aufenthaltsqualität. Der jetzigen Neugestaltung gingen lange Bürgerbeteiligungsprozesse voraus: die beauftragten Landschaftsplaner vom Büro Latz&Partner standen vor der anspruchsvollen Aufgabe, das historische Gartendenkmal zu bewahren, aber auch zu modernisieren und unterschiedlichen Nutzungswünschen der Anwohner gerecht zu werden. Über einen so aufwändigen, kooperativen und geduldigen Beteiligungsprozess staunt man in anderen Ländern nur.
Zur Eröffnung waren zahlreiche Interessierte erschienen, die sich an Informationstafeln kundig machten und den eigens organisierten Führungen der Denkmalpflege durch den Park folgten. Engagierte Gewerbetreibende rund um die Turmstraße und das Geschäftsstraßenmanagement verteilten an einem Stand u.a. Frühlingsgrüße in Form sogenannter »seedbombs« – Kugeln mit Saatgut für Blumen. Und Avni Dogan, der freundliche Wirt des »Café am Park«, spendierte ein tolles Büffet – einfach so, spontan und kostenlos.
Selbstverständlich waren auch Flugblattverteiler anwesend, die wieder gegen notwendige Auslichtungen und die umstrittenen Sitzkiesel polemisieren. Putzig sind dabei die offensichtlichen Widersprüche: Einerseits wurde für die Wiederherstellung des historischen Gartendenkmals gestritten, andererseits hätten dieselben Aktivisten am liebsten den Wildwuchs als Biotop umzäunt. Einerseits beklagt man, man sei im Beteiligungsverfahren nie berücksichtigt worden, andererseits lobt man sich selbst dafür, dass die Wiederherstellung des Wasserspiels nur »dem beharrlichen Einsatz von Bürgerinitiativen« zu verdanken sei. – Logik geht irgendwie anders.
Dass das Wasserspiel überhaupt wieder möglich wurde (ein Luxus, den sich kaum ein Bezirk mehr erlauben kann), ist im übrigen vor allem dem Engagement der Sanierungsbeteiligten von Bezirk, Senat und KoSP zu verdanken. Sie schafften es, dass die Werbefirma Ströer die Kosten für die Einrichtung der Anlage und auch die Betriebskosten für zehn Jahre sponsert.
Ansonsten fragt man sich nur noch, wie viele Bäume eigentlich ihr Leben für die schier endlosen Flugblatt-Papierstapel selbsternannter Baumschützer lassen mussten. *us*

Bezirksstadtrat Carsten Spallek setzt das Wasserspiel in Gang.

Aufenthaltsort für die Szene

Ein Ergebnis langer Bürgerbeteiligung beim Kleinen Tiergarten war der Konsens, dass die »Szene« – ob Obdachlose bzw. sozial Schwache, Trinker oder Drogenkonsumenten – nicht aus dem Park verdrängt werden, sondern einbezogen werden sollten. Darum gründete sich der »Runde Tisch Mobile Sozialarbeit«, an dem das Bezirksamt, das Koordinationsbüro, das beauftragte Sozialarbeiterteam von »Fixpunkt e.V.«, der Präventionsrat des Bezirks, Polizei, Stadtteilvertreter, Kirchgemeinde und Planer berieten, wie künftig ein möglichst konfliktfreies Nebeneinander unterschiedlicher Nutzergruppen gestaltet werden könnte. Zusammen wurde schließlich das Konzept für den Ort hinter der Heilandskirche entwickelt, das nun weitgehend umgesetzt ist und auch zu funktionieren scheint. Auf Wunsch der Szene gibt es nun einen Treffpunkt – den überdachten, knallgelben Container mit Sitzgelegenheiten –, einen Trinkbrunnen für alle Parknutzer und ein Pissoir (knallgelb wie der Container), das die hässlichen und teuren Dixie-Klos ersetzt. Die Kosten für das Pissoir werden ebenfalls von Ströer getragen.
Das Arrangement wird inzwischen von dieser Nutzergruppe gut angenommen und auch von anderen Parkbesuchern akzeptiert.
Konflikte gibt es natürlich dennoch hier und da. Insbesondere geht es um die Pflege der Grünbereiche – es kommt immer wieder vor, dass einzelne Hunde im Erdreich wühlen, ohne von ihren Besitzern daran gehindert zu werden. Darüber gab es Beschwerden. Hier sei auch das Ordnungsamt gefragt, sagt René Uckert vom KoSP – doch die könnten auch nicht immer anwesend sein. Die Sozialarbeiter von Fixpunkt e.V., die regelmäßig mit ihrem Fix-Mobil vor Ort sind, versuchen, das Verantwortungsgefühl der Szene für ihr Umfeld zu stärken.
Das scheint durchaus auf Resonanz zu stoßen: manche hätten schon gefragt, ob man ihnen eine Harke und einen Besen zur Verfügung stellen könnte. Überlegt wird jetzt, wie man die Szene eventuell in die Pflege miteinbeziehen könnte, indem sie beispielsweise ein Beet hinter dem Container betreuen und indem ihnen entsprechende Gerätschaften in einer gesicherten Box zur Verfügung gestellt werden könnten. *us*

Ch. Eckelt

Die neue Stadtteilvertretung ist gewählt

Es gibt eine neue Stadtteilvertretung (STV) für das Sanierungs- und AZ-Gebiet Turmstraße – am 28. Mai wurde sie auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Heilandskirche gewählt. 29 Kandidaten hatten sich zuvor bis zum Stichtag 19. April gemeldet, sie wurden in der letzten Ausgabe dieser Zeitung auf den Sonderseiten zur Wahl vorgestellt. Im Vorfeld hatte ein Informations- und Diskussionsabend zu den Themen im Sanierungsgebiet und zur Rolle der Stadtteilvertretung stattgefunden, auf der auch Michael Rannenberg, Mitglied der letzten Stadtteilvertretung, Bilanz der zweijährigen Arbeit zog.

Am Wahlabend konnte jeder Wähler für maximal 25 der 29 Kandidaten votieren. Insgesamt 98 Stimmzettel wurden abgegeben. Das ist nicht sehr viel für ein Einzugsgebiet mit mehr als 13.000 Einwohnern – es wird also auch eine Aufgabe für die neue STV sein, den Kontakt zu möglichst vielen Moabitern zu suchen. Schließlich soll die Stadtteilvertretung die Interessen der Bürger im Gebiet vertreten und als wichtiges Verbindungsglied zwischen Bezirkspolitik, Verwaltung und Bürgern agieren, das Informationen und Debatten transportiert. Mandy Adam vom bezirklichen Stadtentwicklungsamt erklärte noch einmal die Bedeutung und die Handlungsmöglichkeiten einer STV: Eine Stadtteilvertretung ist im Gestaltungsprozess wichtig, weil die Bürger im Gebiet am besten die Situation und die Probleme vor Ort kennen. Sie wird einbezogen in wichtige Planungsprozesse im Gebiet, die gewählten Sprecher der STV nehmen am monatlichen Sanierungsbeirat teil, bringen dort die Positionen der Stadtteilvertretung ein und transportieren umgekehrt wichtige Informationen an die Bürger. Entscheidungsbefugnis hat sie zwar nicht, aber sie kann auch politisch Einfluss nehmen, indem sie beispielsweise im monatlich tagenden Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung ihre Positionen darstellt.

Erfreulich war, dass auch etliche jüngere Menschen kandidierten, die sich ehrenamtlich für das Quartier engagieren wollen. Nach einer persönlichen Kandidatenvorstellung wurde in geheimer Wahl per Stimmzettel abgestimmt. In die neue STV wurden schließlich folgende 25 Kandidaten gewählt (Reihenfolge nach Stimmenanzahl):

Melanie Simmersbach, Diana Henniges, Max Kaminski, Michael Relling, Thomas Bausch, Frank Bertermann, Ingrid Ochse, Simon Eriskat, Frederik Sommer, Simone Motzkus, Steve Rauhut, Charalambos Roussos, Michael Böttrich, Johannes Wildhack, Alexandre Da Fonseca, Christel Christensen, Ottilie Klein, László Hubert, Thomas Szepansky, Mignon Gräsle, Stefan Fricke-Liebig, Wolfgang Lehmann, Sybille Ludwig, Robert Schonk, Rudolf Blais. Herzlichen Glückwunsch!

Der nächste Schritt ist ein Treffen der neuen Stadtteilvertretung am 11. Juni um 19 Uhr im Rathaus Tiergarten, Balkonsaal. Am Montag, dem 29. Juni, findet dort auch das erste öffentliche Plenum der neuen STV statt – von 19–22 Uhr. Es kann jeder interessierte Bürger teilnehmen. *us*

Umgestaltung der Waldstraße

Dank einer Finanzierung aus dem Programm »Soziale Stadt« kann in Kürze der Mittelstreifen in der Waldstraße neu gestaltet werden. Dazu wurde durch das Bezirksamt Mitte ein Architekturwettbewerb ausgelobt. Im Mai präsentierte der Wettbewerbssieger, das Architekturbüro Teichmann, nun seinen Entwurf – auch bei öffentlichen »Bürgersteiggesprächen«.

»Wir haben viel Raum für Beteiligung gelassen«, sagt die Architektin Birgit Teichmann. »Neben den vielen Initiativen, wie dem SOS-Kinderdorf oder der Nachbarschaftsinitiative, die ihre Wünsche und Bedürfnisse sehr klar äußern, wollten wir auch andere Anwohner beteiligen. Deshalb organisierten wir mehrere ›Bürgersteiggespräche‹ – unter besonderer Berücksichtigung der Kinder. Wir verteilen kurze Fragebögen und versuchen, die teils sehr unterschiedlichen Wünsche und Vorstellungen zu ermitteln. Dann werden wir die Ideen bündeln und sehen, was man umsetzen kann.«

Der Entwurf sieht mehrere Bewegungs-, Kommunikations- und Ruhebereiche vor. Wie diese Bereiche im Detail gestaltet werden, hängt auch von den Vorschlägen der Anwohner und Initiativen ab. Alle Anwohner sind eingeladen, sich am Gestaltungskonzept zu beteiligen. Am 16. Juni um 19 Uhr findet dazu im Café des SOS-Kinderdorfs in der Waldstraße eine Veranstaltung statt, wo die Ergebnisse aus dem bisherigen Beteiligungsverfahren vorgestellt werden. Im Vorort-Büro des QM West in der Rostocker Straße 3 kann der Siegerentwurf angeschaut werden. *nd*

Weitere Informationen unter:
www.moabitwest.de

Ch. Eckelt

Wie wollen und können wir künftig wohnen?

Eine Ausstellung im DAZ

Der wachsende Wohnungsbaubedarf in vielen Großstädten stellt die Kommunen vor große Probleme, ist aber auch eine Chance für neue Qualitäten im Wohnungsbau. Wie kann zukunftsfähiger Wohnungsneubau und Stadtentwicklung aussehen? Was wären die neuen Qualitäten? Wie kann bezahlbares Wohnen ermöglicht und finanziert werden?

Mit solchen Fragen beschäftigt sich die Ausstellung »URBAN LIVING – Strategien für das zukünftige Wohnen«, die noch bis 4. Juli im Deutschen Architektur Zentrum (DAZ) in der Köpenicker Straße zu sehen ist und Ideen sowie praktische Beispiele für neue bezahlbare Wohntypologien, lebendige Nachbarschaften und eine nachhaltige Stadtentwicklung vorstellt. Gefragt wird nach Zukunftsstrategien und nach Wegen und Ideen, wie Stadtbewohner und Entscheidungsträger miteinander kommunizieren und zu Ergebnissen finden können. – Die Ausstellung findet im Rahmen des »MAKE CITY–Festival für Architektur & Andersmachen" statt, das vom 11. bis 28. Juni in Berlin veranstaltet wird und sich an alle richtet, die Stadt neu denken wollen.

Zur Ausstellung gibt es im DAZ öffentliche Veranstaltungen.

15.6., 19 Uhr – Diskussion: »Bezahlbares Wohnen?« – Welche Strategien machen Neubau preiswerter? Welche Standards werden gebraucht, was ist verzichtbar? Wie helfen Grundrisse und Erschließung? Eine Lösung, günstige Wohnungen anzubieten ist, sie kleiner zu machen. Der Pro-Kopf-Anspruch von Wohnraum steigt aber in den letzten Jahren tendenziell an. – Eine Debatte u.a mit Architekten, Vertretern der Umweltbank und der Berliner Wohnungsbaugesellschaften sowie Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär für Bauen und Wohnen.

Am 22. Juni, 19 Uhr, geht es dann im DAZ um die Frage: »Wie wollen wir wohnen?«

Ausstellung: »URBAN LIVING – Strategien für das zukünftige Wohnen«,
im Deutschen Architekturzentrum DAZ, Köpenicker Straße 48/49,
bis 4.7., Mi–So 14–19 Uhr
Weitere Informationen zum Festival unter: makecity.berlin

Stadtforum Berlin am 22. Juni

»Wem gehört der öffentliche Raum?«

Die Berliner Stadtgesellschaft verändert sich. Jeder beansprucht den öffentlichen Raum im Alltag nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen: Straßen und Plätze, Parks und Grünanlagen werden für alltägliche oder touristische Wege und Aufenthalt, für Begegnung und Stadterleben genutzt. Hier kollidieren oft unterschiedliche Funktionen: Verkehr, Verkauf, Konsum, Veranstaltungen, politische Kundgebungen, Erholung. Doch wie offen und öffentlich ist der öffentliche Raum? Wer nutzt ihn und wie? Wo gibt es Synergien oder Konfliktpotenzial? Welche Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Regeln der Gestaltung des Miteinanders unterschiedlicher Nutzer und Funktionen gibt es? Die zentrale Frage der Debatte ist: »Ist der öffentliche Raum geeignet und offen für alle(s)?«

Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, lädt deshalb zum zweiten Stadtforum Berlin zum Thema öffentlicher Raum ein. Am 22.6. können die Berliner mit Vertretern aus Politik und Verwaltung, mit Architekten und Wissenschaftlern über dieses Thema diskutieren. Unter www.berlin.de/stadtforum kann man sich bereits jetzt in die Debatte einbringen!

Mo, 22. Juni, 18–20.30 Uhr, im Tempodrom, Kleine Arena, Möckernstraße 10, 10963 Berlin
Die Teilnahme ist kostenlos. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Programminformationen unter:
www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/download

us

Bildecke

Ch. Eckelt

Was unterschreiben die Berliner da eigentlich?

Selbst die Berliner Abendschau gibt zu, dass sie den Mietenvolksentscheid nicht ganz verstanden hat

»Das macht richtig Spaß hier, alle Minute kommt einer und gibt seine Unterschrift ab!«. Jeden Samstag stehen vor dem Gesundbrunnen-Center Aktivistinnen und Aktivisten und sammeln Unterschriften für den Mietenvolksentscheid. Dabei treffen sie offenbar den Nerv der Bevölkerung. Die für die erste Phase des Volksbegehrens notwendigen 20.000 Unterschriften wurden bereits in den ersten vier Wochen erreicht.

Doch wofür unterschreiben die Mitbürger da? Das vorgeschlagene »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin« wird wohl kaum einer gelesen haben, selbst viele der Aktivisten nicht. Denn es umfasst 52 in Juristendeutsch verfasste Paragrafen voller Querbezüge und Verweise auf andere Gesetze. Auch die Erklärungen und Begründungen, die die Initiative Mietenvolksentscheid dazu in deutlich verständlicherer Sprache vorlegt, ist beileibe kein einfacher Lesestoff. Wälzt man sich dennoch hindurch, so wünscht man sich, dass die Berliner Politik diesen Vorschlag ernst nimmt und viele der Ideen aufgreift. Aber das gesamte Paket in all seinen Konsequenzen auf Anhieb zu überschauen, ist schlicht unmöglich. Selbst die Redaktion der Abendschau gab uns gegenüber Verständnisprobleme zu. Bei einigen Paragrafen kommt man zudem auch gehörig ins Zweifeln.

Was brauchen die Wohnungsbaugesellschaften?

So schlägt der Mietenvolksentscheid vor, das Eigenkapital der sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften um zusammen gut eine halbe Milliarde Euro zu erhöhen. Das erscheint zu Zeiten von niedrigen Zinsen und einem Haushaltsüberschuss zunächst mal vernünftig: Denn die Wohnungsbaugesellschaften könnten mit höherem Eigenkapital mehr Fremdkapital zu günstigeren Zinsen aufnehmen und damit deutlich mehr dringend benötigten Wohnraum bauen.
Allerdings klagen die Wohnungsbaugesellschaften derzeit keineswegs über mangelhafte Unterstützung durch die Berliner Landespolitik. Anders als noch vor wenigen Jahren greift ihnen der Senat nicht mehr in die Tasche, sondern belässt die Gewinne im Unternehmen und führt ihnen darüber hinaus noch etliche Grundstücke zu, auf denen sie neu bauen können und sollen. Mangelndes Eigenkapital ist definitiv nicht ihr Problem, sie kaufen im Gegenteil auf dem Markt ständig Bestandsbauten zu, wenn sich das wirtschaftlich vertreten lässt, und sie haben keine Probleme, auch kurzfristig Fremdkapital dafür zu mobilisieren. Das jedenfalls versicherte Kristina Jahn vom Vorstand der DEGEWO AG auf unsere Rückfrage.
Strukturell stünden die Wohnungsbaugesellschaften derzeit vor ganz anderen Problemen: Zehn Jahre lang habe die DEGEWO keinen nennenswerten Neubau mehr betrieben – da müssen die notwendigen Strukturen im Unternehmen erst wieder aufgebaut werden. Die Geschäftsführerin der HOWOGE, Stefanie Frensch, erzählte dazu auf dem letzten Stadtforum von ihren Problemen, in Berlin Architekten zu finden, die Erfahrungen bei der Entwicklung kostengünstiger Miethäuser einbringen können. Dieses Knowhow sei in der Stadt inzwischen selten geworden. Insgesamt hat der Senat das Ziel gesetzt, in den nächsten zehn Jahren den Bestand an kommunalem Wohnraum von derzeit 300.000 auf 400.000 zu erhöhen – durch Zukauf und Neubau. Die Wohnungsbaugesellschaften ziehen dabei offenbar mit.

Umwandlung in »Anstalten Öffentlichen Rechts«?

Der Mietenvolksentscheid geht aber noch weiter. Er will die sechs Unternehmen in »Anstalten Öffentlichen Rechts« umwandeln. Anstalten Öffentlichen Rechts sind beispielsweise die BVG und die BSR oder auch ARD und ZDF. Nach dem Gesetzesvorschlag sollen die Mieterbeiräte in den Aufsichtsgremien der städtischen Wohnungsbaugesellschaften beteiligt werden und Mitgestaltungsrechte erhalten, was Mieterorganisationen schon lange einfordern. Zusätzlich will der Gesetzesvorschlag aber die Wohnungsbaugesellschaften über die Ausgliederung von Tochtergesellschaften auch grundsätzlich umstrukturieren. Ob das wirklich klug ist, gerade jetzt gesetzlich darauf zu dringen? Große, von der Politik initiierte Verwaltungsreformen führen erfahrungsgemäß oft zunächst mal zu großen Reibungsverlusten in den Belegschaften und haben, wenn überhaupt, erst nach vielen Jahren positive Effekte. Wir benötigen aber jetzt handlungsfähige Wohnungsbaugesellschaften, nicht erst in einigen Jahren – denn jetzt verschärfen sich auf dem Wohnungsmarkt Jahr für Jahr die Probleme, weil die Bevölkerung der Stadt schneller wächst, als Wohnungen gebaut werden.

Einkommensabhängige Mieten: Falsche Zahlen!

Mieter treibt aber vor allem die Forderung nach »einkommensabhängigen Mietsubventionen« zur Unterschrift beim Volksentscheid. Das klingt zunächst mal gut, denn viele haben Angst, nach einem Jobverlust auch ihre Wohnung zu verlieren, weil das Jobcenter die Miete oft nur zu einem Bruchteil übernimmt.
Tatsächlich sollen die Mieten laut Volksentscheid-Entwurf aber nur in einem sehr kleinen Teilbereich des Berliner Wohnungsmarktes für Hartz-IV-Empfänger auf Hartz-IV-Niveau verbilligt und für Besitzer eines Wohnberechtigungsscheines abgesenkt werden. Der Vorschlag betrifft nur rund 150.000 Sozialwohnungen (so behauptet die Initiative) bzw. 100.000 Sozialwohnungen (so rechnet der Senat), also rund 5 % bis 7,5 % der Wohnungen der Stadt. Die anderen sind davon nicht berührt – auch dann nicht, wenn sie sich in kommunalem Bestand befinden. Viele Medien wie der »Spiegel« oder die »Abendschau« brachten hier eine falsche Zahl von insgesamt 380.000 betroffenen Wohnungen in Umlauf. Immerhin hat zumindest die Abendschau-Redaktion auf unseren Hinweis hin den Fehler zugegeben: »Sie haben vollkommen Recht, dass die gedeckelten Mieten nur für die Sozialwohnungen in Landes- und Privatbesitz laut Gesetzentwurf vorgesehen sind. Wir werden Ihre Hinweise in der weiteren Berichterstattung berücksichtigen«, teilte sie uns per E-Mail mit. Die Kosten für die diesbezügliche Subventionierung beziffert der Senat auf rund 150 Millionen Euro alleine im Jahr 2017, die Initiative auf 90 Millionen.

Finanziert sich nicht von selbst: Wohnraumförderfonds

An anderer Stelle gehen die Kostenschätzungen noch weiter auseinander. So sollen nach dem Gesetzesvorschlag z. B. die Einnahmen, die das Land Berlin derzeit aus den Zins- und Tilgungsrückzahlungen alter Förderdarlehen erhält, komplett in einen »Wohnraumförderfonds« übergehen, aus dem heraus Wohnungsbau zu sozial verträglichen Mieten ermöglicht werden soll. Die Initiatoren des Volksentscheides sehen das nicht als Kosten an, der Senat rechnet dagegen mit jährlich über 320 Millionen Euro, die dem normalen Haushalt dann eben nicht zur Verfügung stehen und deshalb irgendwo anders eingespart werden müssen. Im Haushaltsjahr 2015 stellt der Senat in seinem »Wohnungsneubaufonds« insgesamt 15 Millionen für diesen Zweck bereit und verpflichtet sich dazu, in den Folgejahren bis 2020 noch einmal insgesamt 59 Millionen auszuzahlen.
In der Tat lässt sich bezweifeln, dass das angesichts der Probleme auf dem Wohnungsmarkt ausreicht, um die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern. Auch der öffentliche Druck, den der »Mietenvolksentscheid 2016« derzeit ausübt, lässt freilich vermuten, dass in den Beratungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 an dieser Stelle noch einmal kräftig nachgelegt werden wird.

Seltsamer Paragraf 37: Verluste werden sozialisiert

Mehr als 200 Millionen Euro würde nach der Schätzung der Investitionsbank Berlin zumindest im Jahr 2017 die ebenfalls im Gesetzentwurf enthaltene Verpflichtung kosten, Sozialwohnungen zum »Barwert« zu erwerben, falls deren private Eigentümer dies wünschen. Der Mietenvolksentscheid rechnet dagegen nur mit 50 Millionen im ersten Jahr. Nach §37 der Gesetzesinitiative würde das Land Berlin faktisch die Risiken der privaten Wohnungswirtschaft im Sozialen Wohnungsbau übernehmen. Denn die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sollen jederzeit auf Wunsch der Eigentümer die Sozialbauten für den »Barwert« der auf ihnen noch lastenden Schulden sowie des von ihnen eingesetzten Eigenkapitals übernehmen – auch wenn dieser Wert deutlich höher wäre als der Wert, den man auf dem freien Markt für diese Gebäude bekäme. Die Differenz müsste das Land Berlin übernehmen. Die Investitionsbank geht davon aus, dass zwei Drittel der Eigentümer solcher Sozialbauten von der Regel Gebrauch machen würde, wenn der »Barwert« größer als der »Verkehrswert« ist.
Dabei stellt sich die Frage, wie so eine Regel eigentlich in den Gesetzeskatalog einer »linken« Initiative geraten ist. Belohnt würden damit nämlich vor allem solche privaten Eigentümer, die ihre Anlagen des Sozialen Wohnungsbaus verlottern ließen oder sich schlicht verspekuliert oder verkalkuliert haben. Sie könnten ihre »Schrottimmobilien« dann einfach den Wohnungsbaugesellschaften zuschanzen und kämen ohne Verlust aus der Geschichte heraus. Welche Lobby hat den Initiatoren hier die Feder geführt, ohne dass die es gemerkt haben?

Stoppt das Verfassungsgericht den Volksentscheid?

Das Volksbegehren wird seine erste Phase mit großer Sicherheit erfolgreich abschließen. Dann berät das Abgeordnetenhaus über den Vorschlag. Sollte die Initiative mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein, benötigt sie in der zweiten Phase rund 170.000 Unterschriften wahlberechtigter Berliner. Kommen die zusammen, so kommt es zum Volksentscheid. Die Initiative würde ihn gerne zusammen mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 durchführen. Angesichts des Erfolgs des letzten Volksentscheides zum Tempelhofer Feld gehen viele davon aus, dass die Initiative dabei eine echte Chance hat.
Allerdings könnte das Berliner Verfassungsgericht das Ganze noch stoppen. Die Gesetzesvorlage greift nämlich tief in das Budget-Recht des Abgeordnetenhauses ein. Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz, mit dem das Parlament die Haushaltspläne verabschiedet, sind nach der Berliner Verfassung ausdrücklich unzulässig.
Insgesamt rechnet die Senatsverwaltung bei einem Erfolg des Volksbegehrens mit Kosten von 791 Millionen Euro im ersten Jahr 2017 und 3,28 Milliarden in den ersten fünf Jahren bis 2021. Der Mietenvolksentscheid geht dagegen nur von 256 Millionen im ersten Jahr und 1,25 Milliarden im Fünfjahreszeitraum aus. Zum Vergleich: Der gesamte Berliner Landeshaushalt umfasst derzeit etwa 23 Milliarden Euro pro Jahr.

Christof Schaffelder

Weitere Informationen:
www.mietenvolksentscheidberlin.de
www.stadtentwicklung.berlin.de/download/mietenvolksentscheid

Wien hat eine hundertjährige Tradition Sozialen Wohnungsbaus.

Ch. Eckelt

Kommentar

Per Klick in die Stimmungsdemokratie

Berlin bräuchte angesichts des anhaltenden Zuzugs dringend mehr Wohnraum – vor allem für Bedürftige, Geringverdiener, Flüchtlinge. Doch wo immer der Senat kommunalen Wohnungsneubau plant, tritt prompt eine neue Bürgerinitiative an, die das prinzipiell zwar gut findet, aber bitte schön nicht neben der eigenen Tür. Da werden Biotope mit Zauneidechsen und Heuschrecken verteidigt oder Parkplätze oder ein freies Flugfeld für alle oder schlicht der schöne Grünblick vor dem Fenster.

Michael Müller, dessen großes Thema das Wohnraumproblem ist, hat sich nun Schlagzeilen und böse Proteste von diversen Bürgerinitiativen eingehandelt. Er, der sich für Volksentscheide, Bürgerbegehren und direkte Demokratie einsetzte, formulierte kürzlich bei einer Diskussion seine Sorge, »dass wir Instrumente haben, die nicht ein Mehr an Demokratie bedeuten für mehr Menschen, sondern nur mehr Instrumente für einige wenige, die sich schon vorher gut artikulieren konnten.« Müller warnte davor, dass dabei immer mehr Partikularinteressen der ohnehin bestens Vernetzten und gut Organisierten durchgesetzt würden.

Dass er damit gehörige Kritik ernten würde (im Internet-Jargon »Shitstorm«), war klar.

In der Tat hat das alles auch mit dem Internet zu tun. »change.org« beispielsweise ist nur eine von vielen Plattformen für unzählige Kampagnen unterschiedlichster Art. Unterschriften zu sammeln, ist einfach geworden. Man muss sich nicht mehr monatelang die Füße auf den Straßen platttreten, um für ein bestimmtes Anliegen Menschen mühselig argumentativ zu überzeugen – Postings, simple Botschaften und Unterschriften reichen. Denn es ist so leicht, fix für alles Mögliche zu klicken und sich dabei als guter Mensch zu fühlen: Wer wäre schon gegen bezahlbaren Wohnraum, Freiflächen, menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte? Es ist einfach geworden, gegen zu viel Neubau in Lichterfelde-Süd, Lehrerausfall, TTIP, CETA usw. zu stimmen.

Nur: Wer weiß schon, was CETA und TTIP genau bedeuten, was es mit den Planungen in Lichterfelde Süd auf sich hat und wie sich Schulausfall vermeiden ließe?

Das Problem ist, dass sich kaum jemand mehr mit den Themen intensiv auseinandersetzen muss – schon gar nicht im direkten Diskurs. Das macht die »Klick-Demokratie« der Bürgerbegehren und Volksentscheide so schwierig. Viele Themen sind wesentlich komplexer – erst recht komplizierte Sachen wie eine Gesetzgebung, wie sie der Mietenvolksentscheid einfordert (siehe S. 6/7). Der klickende Bürger aber kann alles Mögliche fordern, auch wenn er sich gar nicht damit befasst hat: gegen Wohnungsbauvorhaben (obwohl er dort gar nicht wohnt), für den Erhalt von Brachen (obwohl er sie nicht nutzt), gleichzeitig aber auch für bezahlbaren Neubau, für mehr Erzieher und Lehrer sowie gegen den Bolzplatzlärm nebenan. Und natürlich für Steuersenkungen. Man muss sich nicht mal mehr mit der Widersprüchlichkeit der eigenen Forderungen auseinandersetzen, Prioritäten finden oder sich direkten Debatten aussetzen, wie all die schönen Wünsche durchgesetzt und finanziert werden sollen. Lösungen soll dann bitteschön die verachtete Politik liefern.

Stimmungs- und Symboldemokratie ist, wenn man alle möglichen Dinge unterschreiben kann – und sei es einfach nur, um »der Politik«, der man misstraut, eins auszuwischen. Da ist man dann nah am »Wutbürger«. Dies sei auch »der Triumph des Digitalen über die Tradition der Diskussion«, schrieb ein Kommentator im »Spiegel«.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Zweifellos gibt es etliche Initiativen, deren ehrenamtliches Engagement und Kompetenz nicht hoch genug zu schätzen ist und die zu Recht Mitsprache einfordern. Politische Parteien haben sich die Entfremdung auch selbst zuzuschreiben – mit der neoliberalen Herabsetzung des Staates in den letzten 20 Jahren, mit dem permanenten Appell, dass die Bürger gefälligst mehr Eigenverantwortung übernehmen sollen, mit zahlreichen fragwürdigen Entscheidungen, die über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen wurden. Selbstverständlich rächt es sich, wenn breite Proteste gegen wesentliche landes- und bundesweite Entwicklungen oder Entscheidungen einfach ignoriert und abgebürstet werden. Und es ist wichtig, dass Bürger sich wehren, wenn etwas gewaltig schiefläuft – wie z.B. Privatisierungen wesentlichen Gemeinguts.

Doch die Möglichkeit der Bürgerbegehren und Volksentscheide (da hat die Schweiz wesentlich mehr Erfahrung) darf nicht durch egoistische Kleinst-Partikularinteressen überstrapaziert werden. Denn dabei bliebe – da muss man Müller Recht geben – das Gemeinwesen auf der Strecke.

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie, aus gutem Grund. Und jedes Gesetz, das verabschiedet wird, sollte und muss genau diskutiert und geprüft werden. Man kann das nicht per Klick regeln. Man stelle sich vor, jemand würde einen Volksentscheid für die Wiedereinführung der Todesstrafe starten, nach dem nächsten Fall von Kindstötung. Nicht immer sind spontane Mehrheitsvoten auch die klügsten.

Bei kleinen wie großen Entscheidungen geht es darum, dass sie diskutiert werden müssen, und zwar nicht digital inklusive anonymer Shitstorms, sondern in lebendigen Debatten. Politik ist kein Pippi-Langstrumpf-Land, sondern – wenn sie ernstgenommen wird – ein anstrengender Aushandlungs- und Abwägungsprozess. Und letztlich muss auch irgendwann ein Ergebnis erreicht und eine Entscheidung getroffen werden. Und diese Entscheidung muss dann getragen, finanziert und verantwortet werden. *us*

Um die Ecke

»Ich bin verliebt in diese Craziness«

Ch. Eckelt

»Merrilldesign« ist eine leuchtend bunte Fundstube, die ungeahnte Einblicke in die dänische Designkultur gibt. Seit August 2014 verkauft die dänische Designerin Brit Merrill hier handgefertigten Schmuck, Taschen, kunstvolle Vintage-Möbel, Gemälde und Ikonen ihrer Kunstgruppe »Skaarup« sowie Jacken, die ihre Mutter selbst strickt.

Brit Merrill ist in der Festungsstadt Svenborg aufgewachsen. Die Leidenschaft am Werken hat sie wohl von ihrem Vater geerbt. Der Metallschmied schrieb Bücher, bildete junge Leute in einer Fachhochschule aus, baute viele tolle Sachen, erzählt sie. »Ich habe immer kreativ gearbeitet, gezeichnet, genäht und neben meinem Job in der Bibliothek viele Fortbildungen und Kurse besucht. Ich sehe die Struktur der Gegenstände, entdecke schöne Details und funktioniere sie dann um. So entstehen neue Objekte mit Wiedererkennungswert.«

Schon lange spielte sie mit dem Gedanken, sich mit einem Ladengeschäft selbstständig zu machen. Ihre Liebe zu Berlin entdeckte sie vor neun Jahren, als sie das erste Mal in der Stadt Urlaub machte. Seitdem ist sie immer wieder gekehrt, der Wunsch, in Berlin einen Neustart zu wagen, wurde immer größer. »Ich bin verliebt in diese Craziness. Hier sind die Leute so offen und so unterschiedlich. Ich habe nie das Gefühl, in eine Schublade gepresst zu werden. Das ist sehr gut für die Kreativität. Oft haben mir Leute gesagt: das kannst du so nicht machen oder du kannst dich so nicht anziehen. Solche Denkweise engt die kreative Energie ein und macht unzufrieden. Es geht uns hier besser, die Lebensfreude steigt.«

Für Moabit haben sich die Designerin und ihr Mann Jakob bewusst entschieden. »Prenzlauer Berg ist sehr verspielt, wie ein Theater. Moabit ist noch nicht so durchinszeniert, das hat uns gefallen.« Das Ehepaar hatte die Möglichkeit, das Ladengeschäft in der Beusselstraße mit einer kleinen Wohnung zu kombinieren.

Viele kommen an der belebten Ecke vorbei, in Brit Merrills Geschäft kommen manche einfach nur, um Mut zuzusprechen. »Die Leute drücken mich und ermutigen mich durchzuhalten. Sie fragen mich, warum ich ausgerechnet in der Beusselstraße, der hässlichsten Straße im ganzen Kiez, den Laden eröffnet habe. Und sie freuen sich, dass endlich etwas Schönes in der Straße passiert – etwas anderes als Döner, Handyläden oder Spielcasinos.« *Nathalie Dimmer*

Merrilldesign, Beusselstraße 74, 10553 Berlin, Öffnungszeiten: Mo–Fr 10–19 Uhr, Sa 10–16 Uhr

Oscar Wilde auf Moabiter Freilichtbühne

Das »Moabiter Theaterspektakel« ist ein seit über zehn Jahren leidenschaftlich agierendes Amateurtheater. Derzeit wird das Stück »Ein idealer Gatte« von Oscar Wilde aufgeführt. Nächste Vorstellungen: Sa, 20. Juni, 27. Juni, 11. Juli 20 Uhr, So 21. Juni, 28. Juni, 12. Juli 18 Uhr
Freilichtbühne Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32, Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro
Kartentelefon: 01575-325 95 25,
mail: karten@moabiter-theaterspektakel.de

Initiative »Kino für Moabit« will den TURMPALAST-Schriftzug retten

Das Gebäude, in dem sich einst das beliebte Moabiter Kino TURMPALAST befand, soll nun im Zuge des Umbaus des ehemaligen Schultheiss-Areals abgerissen werden. Die Buchstaben an der Fassade des ehemaligen Kinos sind ein letztes visuelles Zeugnis der Moabiter Kinogeschichte. Die Reste des Kinos und die Inschrift erinnern an die goldene Zeit der Farbfilm- und Breitwandära, an die Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit und die Wirtschaftswunderjahre. Der in der Nachkriegszeit im ehemaligen »Café Vaterland« gegründete Turmpalast war in der Moabiter Kinolandschaft wie schon sein Vorgänger, der »Ufa-Palast Turmstraße«, ein zentraler Ort. Das Moabiter Projekt »Kino für Moabit«, das seit einigen Jahren Filmveranstaltungen an wechselnden Orten im Stadtteil organisiert, will die Lettern als geschichtliches Zeugnis retten. Aufbewahrungsort soll das Berliner Buchstabenmuseum in der Holzmarktstraße 68 in Berlin-Mitte sein, das besondere typografische Objekte sammelt. Die Museumsleitung hat bereits großes Interesse signalisiert. Derzeit bemüht sich die Initiative »Kino für Moabit« beim Investor des Areals, Harald G. Huth, darum, beim bevorstehenden Abbruch des Turmpalast-Gebäudes eine Demontage und anschließende Konservierung der Buchstaben im Berliner Buchstabenmuseum zu ermöglichen. *us*

Neues vom Geschäftsstraßenmanagement

Turmstraßen-Initiative Moabit

Seit geraumer Zeit trifft sich das »Forum der Gewerbetreibenden« regelmäßig zu Frühstücksterminen an unterschiedlichen Orten, um gemeinsame Aktionen zu besprechen und zu organisieren – und immer mehr werden aktiv. So waren die Gewerbetreibenden auch beim Tag der Städtebauförderung am 9. Mai präsent (siehe S. 3), verteilten Ansichtskarten sowie kleine Frühjahrsgrüße in Form von »Saatbomben« (Motto: »Die Turmstraße aufblühen lassen!«) und informierten über ihre Aktivitäten. Außerdem bereiten sie derzeit das diesjährige Moabiter Kiezfest vor (s.u.) sowie eine künstlerisch gestaltete »Kiezkarte« mit einer Übersicht interessanter Moabiter Adressen. Und es gibt noch viel mehr Ideen und Pläne.
Nun hat sich die stetig wachsende Gemeinschaft lokaler Gewerbetreibender und weiterer Akteure auch einen Namen gegeben: Künftig tritt sie als »TIM – Turmstraßen-Initiative Moabit« auf. Mehr zu TIM in unserer nächsten Ausgabe. Nächstes Treffen: 8. Juli, 8 Uhr, Nativa Akademie, Bredowstraße 29.

Kiezfest am 12. September

Die Vorbereitungen laufen inzwischen auf Hochtouren: Am Samstag, dem 12. September, wird zum dritten Mal das Moabiter Kiezfest am Rathaus Tiergarten stattfinden, unter dem Motto »lokal – kreativ – bunt«. Koordiniert wird es wie schon in den Vorjahren vom Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße »die raumplaner« und dem Verein »Frecher Spatz e.V.« Viele lokale Initiativen, Gewerbetreibende und Händler und weitere Akteure wollen dafür sorgen, dass auch dieses Fest wieder ein großer Erfolg wird! Mit einem umfangreichen Kulturprogramm, einem bunten Markt lokaler Händler und Kreativer, Infoständen von Initiativen und besonderen kulinarischen Angeboten wird dafür gesorgt, dass es ein echtes Kiezfest und keine billige Konsum- und Fressmeile wird wie einst das Turmstraßenfest. Diesmal wird angestrebt, das Fest bis 22 Uhr zu erweitern, um den Besuchern noch mehr kulturelle Events und Möglichkeiten für Gespräche zu bieten. Möglichst viele aktive Teilnehmer sind gefragt! Wer sich beteiligen möchte, melde sich beim Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße, das die Festvorbereitungen koordiniert.

Gebietsfonds 2015

Noch bis 23. Juni können Anträge für die nächste Vergaberunde des Gebietsfonds eingereicht werden. Mit dem Gebietsfonds werden Projekte und Vorhaben von Gewerbetreibenden und Initiativen gefördert, die die Attraktivität des Gebiets als Einzelhandels- und Gewerbestandort steigern und – neben der positiven Ausstrahlung auf die Turmstraße – durchaus auch das eigene Geschäft (z.B. mit Markisen oder Außenraumgestaltung) unterstützen dürfen! Explizit werden nun auch kulturelle Vorhaben gefördert. Dabei gilt das 50:50-Prinzip – 50% der Kosten werden gefördert, die andere Hälfte trägt der Antragsteller. Über die Mittelvergabe entscheidet eine Jury, an der auch Stadtteilvertreter beteiligt sind. Die nächste Juryrunde tagt am 30. Juni. Mehr Infos zum Gebietsfonds unter: www.turmstrasse.de oder beim Geschäftsstraßenmanagement.

<u>Baubeginn auf dem Schultheiss-Areal</u>
Auf dem Schultheiss-Gelände, das inzwischen alle Gewerbemieter verlassen mussten, beginnen die Bauarbeiten unverzüglich. Nach Angaben des Investors, der HGHI, sollen sie 30 Monate andauern, davon entfallen die nächsten 12 Monate auf Abrissarbeiten und das Ausheben der riesigen Baugrube. Der Generalunternehmer für die Abrissarbeiten ist bereits beauftragt. Weitere Informationen liegen weder dem Bezirksamt Mitte noch KoSP als Sanierungsbeauftragtem für das Gebiet Turmstraße oder dem Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße »die raumplaner« vor. Die »raumplaner« hatten jüngst das Gespräch mit dem Investor Harald G. Huth gesucht, um über mögliche Kooperationen beispielsweise beim Baustellenmanagement und der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit zu sprechen, damit Anwohner und Gewerbetreibende rechtzeitig informiert werden. Doch der Investor zeigte sich uninteressiert gegenüber jeglicher Kooperation. Eventuelle Anfragen sind direkt an die HGHI zu richten: www.hghi.de/kontakt.

Ch. Eckelt

<u>Nachbarschaftsfest in der Rostocker</u>
Die Rostocker Straße ist zwar verkehrsberuhigt und begrünt, hat aber dennoch mit vielen Problemen zu kämpfen: Leerstand, Spielhalle, anonyme Ferienwohnungen, Hundekot, Vandalismus. Es gibt nicht viele Ladengeschäfte und wenig Infrastruktur. Aber es gibt das »Stadtschloss Moabit« mit dem Moabiter Ratschlag und der Bruno-Lösche-Bibliothek, das Büro des Quartiersmanagements Moabit West, im Umfeld diverse Initiativen, Kitas, soziale Einrichtungen wie den »Warmen Otto« als Anlaufstelle für sozial Bedürftige und Obdachlose und vor allem etliche engagierte Anwohner. Um die Nachbarn zusammenzubringen, organisierte der »Moabiter Ratschlag e.V.« zusammen mit anderen Partnern anlässlich des europaweiten »Tag der Nachbarn« am 29. Mai ein kleines Straßenfest: mit Kaffee und Kuchen, Infoständen, Flohmarkt, Rikscha, Infoständen, einer Luftballon-Aktion.

Leser-Ecke

Ch. Eckelt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie auf einen Schildbürgerstreich der BVG aufmerksam machen:
Ende vergangenen Jahres wurde in der Turmstraße in Moabit eine neue Haltestelle mit Wartehäuschen, Blinden-Leitstreifen, Busspur, elektronischer Linienanzeige errichtet. Der Taxihalt wurde verlegt und ist nicht mehr telefonisch erreichbar, d.h. die bisherige Rufnummer ist auf die Funkzentrale weitergeschaltet worden.
Allerdings ist diese neue Haltestelle jetzt schon seit 5 Monaten außer Betrieb. Sie ist nie in Betrieb gegangen.
Meine erste Anfrage bei der BVG vom 12. Januar wurde nicht beantwortet. Meine zweite Anfrage vom 4. Februar wurde mit Hinweis auf die fehlende Genehmigung, die die BVG jeden Tag erwartet, am 5. Februar beantwortet (…)
Ist es bei der BVG üblich, dass ohne Genehmigung gebaut wird? Was passiert, wenn die Genehmigung nicht erteilt wird? Wird dann die Bauruine wieder abgerissen?
Wer bezahlt diesen Unsinn?
Klaus-Peter Paar

Nicht nur Herr Paar stellte diese Frage und ärgert sich über die derzeitige Situation, sondern auch etliche andere Moabiter. Doch in der Tat liegt die Verantwortung für die Verzögerung nicht bei der BVG, sondern bei der zentralen »Verkehrslenkung Berlin« (VLB), die beim Senat zuständig für übergeordnete Verkehrsgenehmigungen ist. Laut VLB darf die Bushaltestelle erst in Betrieb genommen werden, wenn die neuen Ampeln am U-Bahn-Ausgang Turmstraße installiert sind. Geplantes Bauende ist Ende Juli /Anfang August.
Die Neuabstimmung der Ampelschaltungen auf den Gesamtverkehr ist kompliziert. Urprünglich waren konventionelle Ampeln vorgesehen, die über erdverlegte Kabel und Sensoren den Verkehr erfassen. Dazu wäre jedoch die Einrichtung einer Baustelle auf der Fahrbahn notwendig gewesen, die wiederum eine »temporäre verkehrsrechtliche Anordnung« der VLB benötigt hätte. Dort stauen sich aber die Anträge noch aus den Vorjahren, da dieses Amt – wie schon oft und in vielen Medien berichtet – chronisch unterbesetzt ist, weshalb sich viele Verfahren unangenehm lange hinziehen. Deshalb wurde jetzt vom Bezirk Mitte an der Turmstraße eine kameragesteuerte Ampelanlage beantragt und inzwischen auch von der VLB genehmigt – offenbar geht das schneller.
Im August müssen dann noch die notwendigen Fahrbahn-Markierungen vorgenommen werden – erst dann wird die Bushaltestelle in Betrieb genommen. Es handelt sich also um keine Bauruine, die abgerissen werden muss, sondern um die leider allseits üblichen Verzögerungen bei der Berliner Verkehrsplanung. *us*

<u>»KunstundKantine« – Kochen, Kunst, Begegnungen</u>
Noch bis 21. Juni läuft in der Kulturfabrik Moabit die temporäre, nichtkommerzielle Aktion »KunstundKantine«. Es vereint Kochen und Essen mit Kunst und einem sozialen Projekt, in dem es vor allem um Begegnungen geht. In der Kantine gibt es immer wechselnde Speisen, die von Performance-Künstlern zubereitet werden und zu dem Preis verkauft werden, den jede/r einzelne selbst bestimmt. Die Entscheidung über den Preis der Portionen/der Arbeiten liegt beim Gast: Iss, was du willst – zahl, was du willst. Diese Entscheidung beeinflusst wiederum das gesamte Projekt und die Möglichkeiten, in welchen Mengen und wie hochwertig gekocht werden kann. Bedeutet: Es kann nur gekocht werden, was die Gäste möglich machen.
Die Kantine öffnet um 12 Uhr mittags, ab ca. 13 Uhr gibt es durchgängig bis 20 Uhr Essen. Je nach Performance können diese Zeiten aber variieren. Auf der Webseite und auf Twitter gibt es die detaillierten Zeiten.
Kulturfabrik Moabit, Lehrter Straße 35, www.kunstundkantine.de

<u>Die Initiative »Sie waren Nachbarn«</u>
setzt sich seit Jahren dafür ein, die Erinnerung an jene jüdischen Moabiter wachzuhalten, die während der Nazizeit diskriminiert, verfolgt, deportiert und ermordet wurden. Sie hat bereits viele Aktionen gestartet, um zu erreichen, dass endlich einen Gedenkort am einstigen Deportationsbahnhof an der Quitzow- und Ellen-Epstein-Straße errichtet wird. – Die Verantwortung für die Errichtung des Mahnmals hat der Bezirk Mitte mittlerweile dem Senat übergeben, der sich bereit erklärte, den Wettbewerb für einen Gedenkort zu finanzieren. Die Finanzierung des Mahnmals selber jedoch soll aus Mitteln der Lottostiftung erfolgen. Die Entscheidung darüber wird im Juni erwartet.
Um auf das Anliegen hinzuweisen, hat die ehrenamtliche Initiative eine große Tafel an der Ellen-Epstein-Straße aufgestellt.
<u>Mehr zur Initiative unter</u> www.sie-waren-nachbarn.de
Mails an: mail@sie-waren-nachbarn.de, Postanschrift: »Sie waren Nachbarn«, Rostocker Straße 32, 10553 Berlin

Ch. Eckelt

Abgrenzung Wahlbereich
Fördergebiet Aktives Stadtzentrum
Sanierungsgebiet Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 90 18-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 90 18-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Stadtteilvertretung
Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Alt-Moabit 62, 10555 Berlin
Sabine Slapa, Jan Schultheiß, Georg Thieme, Jan Abt
(030) 37 59 27 21
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3, 10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin